

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheinungswöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Verkaufsstellen 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefabdruck: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Nebra.

Nr 69

Sonnabend, den 28. August 1926.

39. Jahrgang.

Geheime Besprechungen.

Himmelhoch jauchsend, zu Tode betriibt, so kann man am besten den Stimmungswandel bezeichnen, der in den verschiedenen Phasen des Streites um Genf bisher zum Ausdruck gekommen ist. Auf Optimismus folgte bald der schwärzeste Pessimismus. Seit mehr als ein Jahr wieder eine gewisse optimistische Stimmung herrscht. Trotz aller Demütigungen stellt sich Genf heraus, daß der französische Regierungsjurist Fromageot, der zusammen mit dem Engländer Hurst und dem Vertreter unseres Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Dr. Gaus, im Mittelpunkt der letzten Genfer Studienkommission stand, doch in Berlin gewollt und mit Dr. Gaus längere Besprechungen gehabt hat. Allerdings ist es richtig, daß die namentlich in der fremden Presse angelegentlich festgestellte Zusammenkunft zwischen den drei Männern nicht fortgeschritten hat. Da aber Herr Fromageot zuerst in London bei Herrn Hurst war und dann nach Berlin kam, so ist es ohne weiteres klar, daß er sich eines Auftrages seiner Regierung entledigt. Von allicher Seite wird jetzt auch öffentlich die Meinung verbreitet, daß sowohl Frankreich wie England alles daransetzen wollen, um die hoffentlich endgültig formulierte Entscheidung der Studienkommission, der seinerzeit Deutschland zugestimmt hat, bei der neuen Tagung Ende August durchzuführen.

Zunächst scheint Herr Briand auch sonst nicht unbillig gewesen zu sein. Nach vor wenigen Tagen geäußert man sich in Paris als der Urentgegenwart, der unter neuen Umständen von seiner Forderung abwich. Jetzt kommt auf einmal die wachsende Kritik der Regierungsidee in die Öffentlichkeit, daß Polen zwar auf seinem Anspruche auf einen fändigen Anteil festhält, aber um ein Aussehenbeseitigen des Völkerbundes zu verhindern und um auch nicht einen Ausritt Polens aus dem Bunde ins Auge fassen zu müssen, sich jetzt damit begnügen würde, wenn ihm vorläufig ein dreijähriger Nichtandiger Sitz eingeräumt werde, der eine spätere Kandidatur nicht ausschließt. Betrachtet man in diesem Zusammenhang die Kundgebung Fromageots mit dem Bewußtsein, daß die polnische Presse, dann kann man wirklich auf die Vermutung eines Umfingunges in optimistischen Sinne kommen, wenigstens soweit dabei auch England und Frankreich in Frage kommen. Die eine Partei in dieser Frage keine ausweichende Rolle. Es drängt sich nicht vor, hat allerdings den Wunsch zu erkennen gegeben, daß es bei der Neuordnung der Ratsliste seine bisherige Stellung beizubehalten möchte. Vielleicht Spalten übrig, aber die Möglichkeit, auch mit diesem ins Reine zu kommen, ist oft genug geäußert worden. Die jetzt von Spanien in Rom überreichte Zantennote zeigt den gangbaren Weg. Brasilien hat sich in den Schmolwintel zurückgezogen, so daß von ihm keine weitere Sitzung zu erwarten ist. Uruguay hat ebenfalls eine Unterfertigung der deutschen Ansprache zugesagt, was man so anzunehmen kann, daß auch von der amerikanischen Seite keine Schwierigkeiten mehr zu befürchten sind.

Die nächsten Tage müssen die endgültige Entscheidung bringen, da der Völkerbundrat schon am 2. September zusammentritt. Es bleibt dadurch der Studienkommission nur eine außerordentlich kurze Zeit für ihre neuen Beratungen. Man kann deshalb keine großen Debatten über etwa neu auftauchende Pläne erwarten. Nicht ohne Grund ist bei der bisherigen Entwicklung fider die feste Haltung der deutschen Reichsregierung geblieben, die immer wieder erklärt hat, über das Entgegenkommen auf der letzten Sitzung der Studienkommission, was es den Christlichen Vorklägen einer Vermehrung der nichtständigen Ratsliste zustimmte, nicht hinausgehen zu wollen. Von der deutschen öffentlichen Meinung wird immer wieder darauf hingewiesen, daß ihr der Völkerbund, wenigstens in seiner jetzigen Form, nicht sehr imponiert. Es wird immer wieder gesagt, welches Wert der Überzeugung Deutschland mit seinem Eintritt in den Völkerbund bringt. Deshalb wird verlangt, daß wenigstens die deutschen Wünsche und Erwartungen, die man an Locarno stülpte und die doch wahrhaftig befriedigen genug sind, erfüllt werden. Wir haben auf diesen Gebieten schon zu viele Enttäuschungen erlebt, daß wir so ohne weiteres den schönen Worten der andern glauben können.

Herr Dr. Gaus wird Herrn Fromageot nicht im Unklaren darüber gelassen haben, daß es namentlich in der Auffassung über den Völkerbund und über den Wert des Eintrittes für Deutschland ein gründlicher Stimmungswandel erfolgen soll.

Englische Bedenken.

Das häufig gut unterrichtete Blatt „Daily Telegraph“ schreibt: Der Gedanke dieser auf britische, französische und deutsche Juristen beschränkten Besprechungen kam, wie verläutet, von Briand. Es ist, so sagt das Blatt hinzu, vielleicht auch, daß sie nicht sehr viele Ergebnisse haben, da diese seltensten geheimen Zusammenkünfte ein nicht unartifizielles, vollkommen unnützes Maß von Argwohn und sogar von Verstimmung unter den Mächten erzeugt hätten, deren Zutritt nicht zur Teilnahme eingeladen wurden. Die Kommission umfaßt außer den obenbenannten Staaten und Belgien sechs Staaten. Viele von diesen neigen dazu, alle Besprechungen, von denen sie ausgeschlossen werden, als unbedeutende Versuche einer Minderheit anzusehen, die Mehrheit gewissermaßen vor vollendete Tatsachen zu stellen. Sie erinnern daran, daß die Märzvorparlamente in Genf auch durch vorherige Besprechungen beeinträchtigt worden sind.

Erklärungen Strefemanns.

Belegungs- und Entwaffnungsfragen.
Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat in Berlin unter Vorsitz des Abg. Herrg. (Dn.) zusammen, um Erklärungen der Reichsregierung über die gegenwärtige politische Situation entgegenzunehmen. Zunächst behandelte Reichsminister des Auswärtigen Dr. Strefemann in einer über eine Stunde währenden Rede die außenpolitische Lage. Nachdem sprach die Abg. Kaas (Fr.) und Graf von Westphal (Dn.). Die Aussprache war sehr verknüpfelt. Neben dem im Mittelpunkt stehenden Völkerbundsproblem wurden die Belegungs- und Entwaffnungsfragen sowie die Verhältnisse im besetzten Gebiet eingehend erörtert.

Nachher durch Dr. Strefemann war die Reichsregierung noch durch den Reichsfinanzminister Dr. Reinhold vertreten.

Billigung des Regierungskompromisses.

Wie man erfahren haben will, sollen die Aufseheren Dr. Strefemanns insbesondere in der 3. auf die Genfer Erörterungen gefolgt haben. Nach dem soll der Minister darauf hingewiesen haben, daß noch viele Schwierigkeiten zu überwinden sein würden.

Dr. Strefemann soll aber auch besonders hervorgehoben haben, daß eine Abreise der deutschen Delegation nach Genf erst dann in Frage kommen könne, wenn die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und die Frage des fändigen Ratslistes für Deutschland völlig geklärt sei. Die Aussprache ergab, daß der Auswärtige Ausschuss in seiner Mehrheit dem Standpunkt der Reichsregierung beitrifft.

In der Aussprache nahm Abg. Verdnung für die Demokraten, Abg. Dr. Vredt für die Wirtschaftliche Vereinigung und Abg. Wallraf für die Deutschnationalen das Wort. Reichsaussenminister Dr. Strefemann gab Erklärungen zu verschiedenen Anfragen und verbreitete sich besonders über die Belegungsfrage. Ferner sprach: Abg. Hilsbering von den Sozialdemokraten, Stöcker (Stomm.), Graf Reventlow (Völk.), Dr. Scholz (D. Wp.), Dr. Cuaag (Dn.) und Dr. Holtenberg (Komm.). Zwei konstituierende Anträge, die den Ministerrat Deutschlands in den Völkerbund und die Einberufung des Reichstagesplenums vor der Völkerbundtagung wünschenswert, wurden abgelehnt. Nach verläutet die Aussprache. Die Einberufung der nächsten Sitzung wurde dem Ermeßen des Vorparlamentes überlassen.

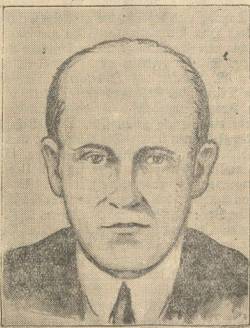
Minderheitenkongreß in Genf.

Gerechte Wahlmethoden!

Die Reichskommission des am Mittwoch in Genf eröffneten Kongresses der nationalen Minderheiten bezieht, der Vollversammlung Vorschläge vorzulegen, die u. a. die Anwendung von Wahlmethoden empfehlen, wonach die nationalen Minderheiten in den parlamentarischen Körperschaften und in der Selbstverwaltung entsprechend ihren zahlenmäßigen Stärke vertreten sein sollen. Im Vordergrund des Grundgedankes der Vorschläge stehen die künstliche Wahlkreisgrenzen und alle sonstigen Bestimmungen, die auf die Beeinträchtigung der nationalen Minderheiten abzielen. Die Vertretung der nationalen Minderheiten in Parlament und Verwaltung liegt im Interesse der Staaten und einer verantwortungsbewußten produktiven Mitarbeit der nationalen Minderheiten.

Ministerialdirektor Dr. Gaus.

Als vor einigen Tagen gemeldet wurde, in Berlin hätten Besprechungen über die Genfer Angelegenheiten zwischen dem deutschen Ministerialdirektor Dr. Gaus,



dem französischen Regierungsbelegierten Fromageot und dem Engländer Sir Cecil Hurst stattgefunden, wurde die Mitteilung amtlich dementiert. Nachher stellte sich heraus, daß Fromageot tatsächlich in Berlin gewesen ist und mit Dr. Gaus konferierte, nachdem er vorher Sir Cecil Hurst in London gesprochen hatte. Die drei Herren waren bereits vor der letzten resultatlosen Völkerbundtagung als juristische Vertreter ihrer Länder tätig und werden jetzt in der Genfer Studienkommission wichtige Rollen zu spielen haben.

Polizeireformen in Preußen.

Bildung von Generalbezirken.

Zur Erzielung einer einheitlichen Bearbeitung aller Polizeianglegenheiten bei den Oberpräsidien und Regierungen ist es nach Ansicht der preussischen Regierung notwendig, für die gesamten Polizeibezirke bei einer Behörde einen Generalbezirkern zu bestellen, der die Ober- und Regierungspräsidenten und deren ständige Stellvertreter, denen die Wahrung der Einheitlichkeit in erster Linie obliegt, bei dieser Aufgabe zu unterstützen hat. Es wird deshalb in einem gemeinsamen Auserlaß des Ministers des Innern und des Finanzministers angeordnet, daß bei allen Oberpräsidien und Regierungen einer der Polizeibezirkern mit dieser Aufgabe betraut und als Generalbezirkern in Polizeianglegenheiten bestellt wird. Dem Generalbezirkern sind ferner, unbeschadet der sonst angeordneten Vorklagen, alle Eingänge zu den Polizeibezirkern vorzulegen und er ist bei allen Sachen, bei denen er es für nötig hält, mitzubestimmen. Eine den anderen Polizeibezirkern übergebene Stellung wird ihm dadurch nicht zugewiesen.

Französische Ausführung in Koblenz.

Eingreifen der deutschen Behörden.

In Koblenz wurde ein junger Mann beim Vergehen des Bürgerkrieges vor der französischen Kommandantur von dem Richter mit dem Gemeindefiskus herangezogen und darauf mit dem Präzedenz durch zwei Sätze in den Obersten verlegt, so daß er nach Angabe der Polizeibehörde ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Seitens der deutschen Behörden wurden Schritte unternommen, um die Angelegenheit aufzuklären. Tatsächlich besaß ein Verbot des Obersten des Bürgerkrieges vor dem Kommandanturgebäude in der Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. Die deutschen Behörden wählten eine grundsätzliche Regelung der Angelegenheit herbeizuführen versuchen.

Diktaturdämmerung in Spanien?

Die Artillerie gegen Primo de Rivera.
In einer Meldung aus La Jonca de Luz heißt es: Eine Transformation aus französischer Quelle zufolge ist in Spanien eine sehr ernste Lage entstanden, und zwar infolge der Forderung von Artillerieoffizieren, daß der König den Premierminister General Primo de Rivera entlassen solle. Als Antwort darauf unterbreitete Primo de Rivera dem König ein Dekret, das 300 Artillerieoffiziere mit der Waffenabgabe in Toledo und Sevilla der militärischen Kontrolle entzieht und sie unter Zivilkontrolle stellt. Weiter wird mitgeteilt, der König habe sich geweigert, das Dekret zu unterschreiben, und sei sofort nach der Kabinettsitzung nach Santander abgereist, wo die königliche Familie sich aufhält. Die Schwierigkeiten zwischen General Primo de Rivera und den Artillerieoffizieren datieren juristisch bis zum Beginn des neuen Regimes, aber man glaube, daß sie jetzt in ein neues und ernstes Stadium eingetreten seien, dessen Folgen man unmöglich voraussehen könne.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Baurechte für Reichsbeamte.

Durch Gesetz vom 1. Juli ist das ursprüngliche Gesetz über die Berechtigung des Baurechtes dahin abgeändert worden, daß die Zivilbeamten auf erste Hypothek für Dienstwohnungen nicht auf die Dauer von 12 bzw. 9 Monaten beschränkt sind, sondern daß die Friste allgemein bis zur Dauer von drei Jahren gewährt werden, wobei sogar ein Teilbetrag bis zur Dauer von 15 Jahren gewährt werden kann. Demnach wird auch die Verordnung über die Verwendung der für Reichsbeamte und -bedienten beschaffenen zehn Millionen erlassen. Die Verwaltung und Vergebung dieses Betrages soll der Wohnstättenbau übertragen werden, die auch die Zielvorgabe für abgegebene Beamte verwalte.

Das Ausführungsgezet zum Artikel 48.

Wie mitgeteilt wird, hat der Reichsminister nunmehr die Ausführungsbestimmungen zu Artikel 48 der Reichsverfassung fertig ausgearbeitet. Sie gehen in diesen Tagen dem zuständigen Minister, dem Justizminister und dem Reichsaussenminister, sowie den Bundesregierungen zu. Nach Bundesratsbescheid wird Reichsminister Dr. Aulz ebenfalls dem Reichspräsidenten über das Ausführungsgezet Vortrag halten. Sodann wird das Gesetz den parlamentarischen Körperschaften zugestellt werden.

Die Groß-Hamburger Frage.

Im preussischen Ministerium des Innern fanden am Dienstag Verhandlungen über die Zukunft Wilhelmshurgs statt. Bei jeder dieser Verhandlungen wurde die bestimmte Erklärung ab, daß Hamburg Wilhelmshurg nicht erhalten werde. Es wurde den Teilnehmern aus Wilhelmshurg und Harburg anbeigegeben, Verhandlungen über die Vereinigung von Wilhelmshurg mit Harburg einzuleiten.

Vom Prager Studententouren.

Auf dem Kongress der Internationalen Studentenkonföderation in Prag wies am Mittwoch bei der Aussprache über die deutsche Frage der englische Delegierte Lambford auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Deutschen hin. Der französische Delegierte Anbeli war der gleichen Ansicht wie Lambford. Er erwiderte seinen Einwand gegen das Deutsche als Verständigungsfrage in der Konföderation, machte aber darauf aufmerksam, daß in dem Augenblicke, in dem Rußland und Lateinamerika eintrüben, sie bereitwilligste Hilfe leisten würden. Lambford'sche Voten sprach sich gleichfalls für die Zusammenarbeit mit Deutschland aus.

Griechenland.

Als Konduktionspräsident, General Konduktions und sämtliche Parteiführer, die sich unter dem Vorsitz des Konduktionspräsidenten versammelten, erklärten einstimmig Konduktions als Präsidenten der Republik an. Infolge dieser Anerkennung veröffentlichte das Amtsblatt folgende Botschaft des Präsidenten an das Volk: „Nach der Befestigung der Republik übernehme ich von heute an wieder die Präsidentenpflicht, zu der mich die vierte deutsche Nationalversammlung berief.“

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Präsident des Preussischen Landtages hat am Sonntag zum 28. September einberufen.

Düsseldorf. Prälat Wolffert, der Generalpräses des Verbandes katholischer Jungmänner, und Jugendvereine, ist am Mittwoch in Bonn an einem Gastleben gestorben.

Paris. Wie aus Paris gemeldet wird, haben die Franzosen am 25. d. M. eine neue militärische Operation zur vollen Bedeutung des 11. d. M. in 6 Stunden. Eine Front von 300 Kilometer Länge und 20 Kilometer Breite sollen in 6 Stunden ein Gebiet der Sahara mit 6000 km² erobert werden.

Paris. Nach Meldungen aus Tunis würden Eingeborene, die aus dem Süden des Landes kommen, daß ein heftiger Kampf in Konstantine an einem italienischen Soldaten und aufständischen Soldaten habe. Die Italiener seien nach heutigem Kampfe gewonnen worden, sich zurückzuziehen.

Aus der Umgegend

Nebra, den 28. August.

Aus der Stadtverwaltung.

Herr Dr. Carl Paul Henkel hat unter Überbreitung des folgenden, an mich gerichteten Schreibens sein Amt als Beigeordneter und Magistratsmitglied niedergelegt:

Nebra, den 25. August 1926. Ich habe bisher aus Pflichtgefühl an meinem Platze ausgehalten und fortgesetzt vormaliger Anwesenheit aus der Bitte meiner Wähler, das heißt von einer Seite, von der ich es niemals erwarten dürfte.

Nachdem heute die wichtigsten Aufgaben in der Stadt erfüllt sind, kann ich mit gutem Gewissen mein Amt als Beigeordneter und Magistratsmitglied niedergehen. Ich bin dem Bewußtsein, daß Amt niemals zur Vertreibung eigener oder der Sonderinteressen anderer benutzt, vielmehr jederzeit nur ausschließlich das Interesse der Stadt im Auge gehabt zu haben.

Die mir daraus entwandene stoffliche Gegenstände kann mich niemals an meiner Lebenszeit, das Rechte getan zu haben, ihre machen. Auch wird immer die seitens der Aufstehende in verschiedenen Fällen erfolgte Anerkennung, daß bei den Beschäftigungen im Magistrat stets der sachliche Standpunkt durchgedrungen ist, eine besondere Genugtuung für mich selbst.

Henkel.

Obwohl hat Herr Landwirt Friedrich Hamel sein Amt als Magistratsmitglied zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Carl Paul Henkel hat der Stadtverordnetenversammlung von 1914 bis 1920 - von 1917 bis 1918 als Beigeordneter - und seit 1924 war er Beigeordneter der Stadt Nebra.

Herr Landwirt Friedrich Hamel ist von 1904 bis 1919 Stadtverordneter gewesen, seit 1924 gehört er dem Magistrat an.

Es ist mir ein Bedürfnis, den beiden Herren bei ihrem Abschieden aus den öffentlichen Diensten für ihr bisheriges, gerades Verhalten meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Beide Herren haben es verstanden, sich bei der Beratung und Beschlußfassung im Magistrat zum Wohle der Stadt vor der Rücksichtnahme auf persönliche Interessen freizumachen. In einer kleinen Stadt mit ihren engverflochtenen persönlichen Beziehungen mannigfaltiger Art erfordert diese Haltung ein großes Maß von Charakterfestigkeit und Mut.

Die Verdienste beider Herren, besonders bei der Inangriffnahme und Durchsetzung der in diesem Jahre geschaffenen, für die Zukunft der Stadt bedeutungsvollen Arbeiten, werden ich in den Magistratsakten für die kommenden Geschlechter eingehend verzeichnen und festhalten.

Stattmann, Bürgermeister.

— Ein Ehrenamt unserer Feuerschutz. Im Range unserer dem Gemeinwohl dienenden Vereine steht einer, wohl der älteste unter ihnen, ganz besonders hervor: die Freiwillige Feuerwehr. Im Jahre 1876 begründet, kann sie in diesem Jahre auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Von den Grundrindern der Wehr lebt heute noch einer, Herr Burg, der noch aktiv in den Reihen der Wehr sich beteiligt. Ein andres, nahezu 50 Jahre der Wehr angehöriges Mitglied - Herr Schnerz - bestätigt sich noch als Protokollführer. Der erste Kommandant der Wehr war Kaufmann Eigendorfer, der später zum Ehrenvorsitzenden ernannt wurde, der Stellvertretende Kommandant war Dr. Schaal. Beide weisen heute nicht mehr unter uns. Am 4. April 1895 trat der Wehr Herr Maurer- und Zimmermeister Wilhelm Meinke als und wurde sofort zum Hauptmann gewählt. Seit diesem Zeitpunkt geniesst er das Vertrauen seiner Kameraden und obwohl ihm manchmal die Wehr schwer wurde, sein Pflichtgefühl gab ihm Kraft bis zum heutigen Tage. Im Jahre 1901 wurde Herr Meinke auch noch zum Vorsitzenden des Kreis-Feuerwehr-Verbandes gewählt und wußte auch in diesem Amt die Pflicht über

50 Jahre Freiwillige Feuerwehr Nebra und zugleich Verbandstag des Kreisverbandes der Feiw. Feuerwehren des Kreises Querfurt

Die Stadt Nebra steht am heutigen Sonntagabend und Sonntag unter dem Zeichen des 50jährigen Jubiläums der Freiwilligen Feuerwehr und die gesamte Bürgerchaft hat das Gedenken dieses Ereignisses würdig zu begehen. Dazu werden aber auch zugleich die Wehren des Querfurter Kreis-Verbandes in unserer Stadt zusammenkommen, um sich in froher Kameradschaft zur ernten Arbeit zusammenzufinden. Soll es doch diesmal wieder um die Maßnahmen gehen, die getroffen werden, um den Einzelnen in seiner großen Not, der Feuersnot, hilfreich zur Seite zu stehen. So wird die Verbandstagung am Sonntag wichtige Punkte erörtern. Und neben der rein beratenden und beschließenden Sitzung wird am Sonntag nachmittag unsere Feuerwehr bei der angelegten Hauptübung mit sämtlichen Apparaten wieder jenes schmucke und disziplinierte Bild abgeben, das wir mit Stolz und Freude an ihr zu sehen gewöhnt sind.

Die Feuerwehren bilden in unserm Staatsleben eine der wichtigsten Institutionen, die heute gar nicht mehr aus ihr herausgedacht werden können, und die Sicherheit erfordert sie mit ihrer aufopfernden Gemeinnützigkeit, die alle guten und edlen Vebreibungen in sich schließt. Kostengestalt und Standesunterschied verwinden in den Wehren mehr als in anderen Vereinigungen, denn ein jeder hat sich verpflichtet, seinen Nächsten zu helfen. So kommt es auch, daß sich jeder Wehrmann den selbstgehörten Gelegenheiten unterwirft und uns ein Vorbild für

eine musterhafte Ordnung gibt, wodurch einzig und allein die ganze Staatsmaschine aufrecht erhalten werden kann.

So heißt es auch in diesen Tagen wieder unserer erten Dank den Männern entgegenzubringen, die schon so oft ihre ganze Kraft in die Schranken geschlagen haben, um des nächsten Gab und Gut vor den verheerenden Flammen zu retten.

Gleich aber auch rufen wir ein „Herzliches Willkommen“ allen den Wehren zu, die sich nach unserer Stadt aufgemacht, um zum Besten ihrer Mitmenschen zu rufen und zu taten. Dabei doch alle Wehren im Kreisverbande jenes herrliche Ziel zu jeder Zeit mit Unterstützung ihres Gebens Gab und Gut des Nächsten vor dem verheerenden Elemente, dem Feuer, zu retten.

So hoffen wir, daß alle Teilnehmer zu dieser Tagung sprechen werden mit dem frohen Bewußtsein, liberal Freunde zu haben und des Dankes der Bevölkerung gewiß zu sein. In diesem Sinne rufen wir allen Teilnehmern ein „Herzliches Willkommen“ und ein „Gut Nacht“ zu, für alles, was sie für uns schon getan haben und ferner in bewährter Aufopferung zu tun bereit sind, gemeinsam verbunden mit ihren ersten Wahlprüdchen:

„Gut zur Ehr“, dem nächsten zur Wehr!“ „Einer für Alle — Alle für einen!“

fand dann noch ein Unwag statt, dem sich ein gewisses Zufallswesen angeschlossen.

— Wer soll Feuerwehrrmann sein? Als der Herzog Friedrich II. von Meiningen, Krieg und Wohltaun im Jahre 1536 auf seinen Meingener Schloß reidierte, brach in der Stadt ein Meingener Feuer aus. Es war im Winter und das Wasser zum Löschen mußte eine große Strecke herangeführt werden. Das Volk schrie: „Wer soll Feuerwehrrmann sein?“ Unter anderem stand auch der Kammerherr Helwig möglich in der Nähe des Brandes, dem Schloßherrn zuzuhören. Ein Mann aus einer Reihe rief ihm zu: „Vormarsch, Herr, und mit angefaßt!“ Der Hofrat antwortete: „Ich bin der Hofrat Helwig und es ist unschicklich, daß ich mich beschmutze.“ — „Und ich bin der Herzog von Meiningen“, antwortete ihm der Mann (er war es wirklich, nur durch den Quaal unkenntlich) „und ich finde, es ist für alle gut zu gehen!“ — Sprachs und gab dem Hofrat einen Eimer Schwefel über den Kopf. . . Jahre kommen und gehen, mit ihnen auch die Menschengeschlechter, die Zeiten werden aber nicht anders, weil die Menschen immer dieselben bleiben, denn Klingt nicht vorlebende Anekdote so, als ob der Vorfall gefahren sich zugetragen hätte?

— Heugendort. Wehrstellung von Arbeitern im Viehhof. Nachdem die Arbeiten an dem Bau der Staue, Viehstallungs- und Entwässerungsanlage im Wöhrdort infolge Regenmangels und Unverfügbarkeit mehrerer unterbrochen werden mußten, sucht man jetzt den Beschäftigten durch Erhöhung der Arbeitskräfte nachzuholen. Im Laufe dieses Monats ist die Zahl der dort beschäftigten Arbeiter von 120 auf 200 gestiegen, darunter auch 24 Arbeitlose aus Weimar, die am letzten Montag hier eingetroffen sind und in der neuerrichteten Baracke - sie fassen 50 Betten - untergebracht worden sind, wofür auch ihre Verpflegung erfolgt. Man hofft den Bau obiger Anlage in diesem Herbst noch vollenden zu können.

— Nannenburg. Als gefährlichen Wilderer hatte wegen fortgesetzten, gernerbsmäßigen Jagens das Amtsgericht in Querfurt, den Arbeiter G. M. aus Hieselroda zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, seine Angehörigen, fünf an der Zahl, sowie einen Koffizier aber freigesprochen. Da bei der Verlesung nur mit einem Monat über die Mindeststrafe hinausgegangen ist, hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Ebenfalls war sie mit den Freisprechungen wegen Begründung und Höhe nicht einverstanden. Die Berufungsinhaber erhöhte das Urteil gegen M. auf sechs Monate. Sein Schwiegersohn O. W., wurde wegen Begründung zu vier Wochen Gefängnis verurteilt.

— Nannenburg. Das Ende eines Liebestromes.) Am Sonntag wurde in Nannenburg bei Bad Aßen ein 18-jähriges Mädchen unter großer Leidensnot beerdigt, das sich aus Liebesgram selbst den Tod gegeben hatte. Das Mädchen erkrankte an einer Gekräftigung der Uteruslage und ergriff den Selbstmord. Es wurde am anderen Morgen am Fuße des Mastes tot aufgefunden. Das Mädchen hatte am Wast einen Brief niedergelegt, worin stand, daß es aus Liebe für ihren Schwag in den Tod geht, da es ihm doch nicht zugeben könne.

— Querfurt. Am Sonntag gegen 7 Uhr abends kam der Landwirt Hoppel aus Grehpan mit einer Dreschmaschine aus Leuzschendorf. Auf der Landstraße, wollte ein aus Richtung Kamenopfer kommendes Bienenauto das Wechir mit der Dreschmaschine überholen, erliefte den links neben der Maschine gebenden Landwirt und schobte ihn etwa 20 Meter mit fort. Er lag ihm bei Schwerkverletzungen zu fämmern, sehr der Wagen weiter, doch soll die Nummer festgehalten sein. Man fand den Landwirt sterbend auf der Landstraße, wo er nach einer halben Stunde seinen schweren Verletzungen erlag. Die Leiche des 47-jährigen Mannes wurde mit einem anderen Wagen fortgeführt.

— Hagen. Glück im Unglück habe ein hiesiger Klempnergehilfe, der bei Reparaturarbeiten abfiel und sich auf einen gerade vorüberfahrenden Dampfen fiel, der den



